

Statement zum aktuellen Stand des Koalitionsvertrags aus den Recherchen des Tagesspiegel

Potsdam, 20.11.2024 Der Tagesspiegel veröffentlichte am Morgen des 20.11.2024 neuste Informationen zu Einigungen im Bereich Wirtschaft und Energie, die aus Sicht des Klimaschutzes höchst bedenklich sind. Die Koalitionsverhandler:innen einigten sich demnach darauf, am schon in der letzten Legislatur vereinbarten Kohleausstiegsdatum trotz wissenschaftlicher Bedenken zu Wirtschaftlichkeit und Wasserhaushaltsbesorgnissen bis spätestens 2038 festzuhalten. Die Koalition möchte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass CO₂-Preise und -Zertifikate abgeschafft werden. Darüber hinaus soll nach Vorstellung der Verhandler:innen auch die Raffinerie Schwedt nach den Jahren der Sanktionen nun wieder Öl aus Russland beziehen.

"Maßnahmen wie der Wunsch der Abschaffung der CO₂-Bepreisung oder die Rückwärtsrolle für Schwedt und die künstlichen Verzögerungen beim Ausstieg aus der Kohle oder gar die Abkehr von den beschlossenen schrittweisen Abschaltplänen grenzen an Realitätsverweigerung", sagt Magdalena Eder vom Klimabündnis Brandenburg. An der Raffinerie in Schwedt hat sich gezeigt, wohin uns die Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energien gebracht hat, der Transformationspfad ist aber heute so weit fortgeschritten, dass die Rücknahme des Embargos nur Unsicherheit in die Planungen vor Ort bringen würde.

Die Auswirkungen der beschleunigten Klimakrise sehen wir tagtäglich - auch direkt vor unseren Haustüren. Die Koalition aus SPD und BSW hält hier an veralteter Industrie fest und schädigt mit der erneuten Planungsunsicherheit nicht nur eine positive perspektivische Entwicklung ganzer Regionen und zukunftsfähige Arbeitsplätze, sondern begeht Verrat an den jungen Bürger*innen und der kommenden Generation. "Der Klimaschutzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 hat deutlich gemacht: Wer Klimaschutzmaßnahmen verzögert, schränkt die Freiheits- und Grundrechte der jüngeren Generation ein. Wir wollen ein Brandenburg, das auch in mehreren Jahrzehnten bewohnbar ist, berufliche Perspektiven bietet und seine Biodiversität bewahrt. Die neue Regierung muss sich hier in Brandenburg fürs Klima einsetzen!", fordert Lotta Bergfeld aus dem Landesvorstand der BUNDjugend Brandenburg. Die Fakten sind bekannt, ebenso wie die Lösungen. "Eine bewusste Entscheidung gegen diese zu handeln, kann nur als politische Fahrlässigkeit gelesen werden und es stellt sich die Frage, wer profitiert davon?", so Magdalena Eder.

"Die neue Koalition will an einem zentralen europäischen Klimaschutzinstrument sägen, das derzeit einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Regionen bei der Transformation leistet, ohne eine Alternative zur Erreichung der Klimaschutzziele zu benennen. Das ist unverantwortlich. Der CO₂-Preis ist dafür da, dass die Kosten die ökologische Wahrheit sagen", so Franziska Sperfeld, Landesvorsitzende des BUND. Als sozialen Ausgleich für die steigenden CO₂-Preise fordern Verbände, Ökonom*innen und Verbraucherschutz schon seit langem die schnelle Einführung und Auszahlung eines Klimageldes für Verbraucher*innen. Beim Klimageld geht es darum die Einnahmen, die die Bundesregierung durch die CO₂-Bepreisung erwirtschaftet, sozial gerecht auf alle Menschen aufzuteilen. Das ist effektive Umverteilung: denn wenn reiche Menschen ihren Lebensstil nicht ändern, zahlen sie mehr - während finanzschwache Menschen stark profitieren. Es wäre sinnvoller, die Umsetzung dessen auf Bundesratsebene zu begleiten als die Abschaffung von CO₂-Preisen und Zertifikaten zu fordern. "Wenn die Landesregierung wirklich einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten will, sind eben solche

Anreize für klimafreundliches Handeln – insbesondere der Industrie – und der soziale Ausgleich unverzichtbar", Grit Gehrau, Landesvorsitzende der Naturfreunde Brandenburg.

Gestern noch hatten BSW-Landesvorsitzender Robert Crumbach und SPD-Landtagsfraktionschef Daniel Keller vor der Deutschen Presse-Agentur die Befürchtungen des Bündnisses aus Umwelt- und Naturschutzverbänden, dass Klimaschutz in den Koalitionsverhandlungen vernachlässigt werde, zurückgewiesen. Das nun ausgerechnet die Verhandlungsgruppe unter deren Vorsitz, eine solche Abkehr von notwendigen Schritten für ein zukunftsgerichtetes und klimafreundliches Brandenburg vorstellt, stößt auf großes Unverständnis unter den Bündnismitgliedern. Die Umstellung der Industrie wie auch ein an ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien bemessener Kohleausstieg ist nicht nur notwendig, um die Klimaziele zu erreichen, sondern auch um Zukunftsperspektiven zu schaffen und sicherzustellen, dass die Kosten für die notwendigen Transformationen nicht zulasten der Bürger:innen gehen. Rudert die Landesregierung jetzt zurück, wird ihnen das in Zukunft schwer auf die Füße fallen.

Genannter Artikel vom Tagesspiegel vom 20.11.2024:

<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/gegen-russland-embargo-und-rustungsbetriebe-in-brandenburg-das-steht-fur-die-wirtschaft-im-entwurf-fur-den-rot-lila-koalitionsvertrag-12734177.html>

Ansprechpartnerin für die Presse:

Magdalena Eder
Klimabündnis Brandenburg
eder@klimabuendnis-brandenburg.de
Mobil: +49 177 189 881 0

Hintergrund Klimabündnis:

Im Klimabündnis Brandenburg organisieren sich Vertreter*innen der Umwelt- und Naturschutz- sowie der Verkehrsverbände und der Klimaaktivist*innen in Brandenburg, um gemeinsam den Klimaschutz im politischen wie öffentlichen Raum zu vertreten. Dem Bündnis gehören an: die Landesverbände des BUND, NABU, Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) und Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sowie Extinction Rebellion Potsdam und Fridays For Future Brandenburg. Unterstützt wird das Bündnis durch Scientists4Future, Parents4Future Brandenburg und die Landesverbände der Naturfreunde, BUNDjugend und Naturschutzjugend wie auch sachkundige Privatpersonen.